

### Geschäftssperre am Montag als Kundgebung gegen die Steuerpolitik.

Wien, 22. Januar.

Die Steuerprüfstelle hatte für heute nachmittags 4 Uhr in den Festsaal des Hauses der Kaufmannschaft eine Protestversammlung gegen die Steuerpraxis der letzten Zeit einberufen. Die Versammlung nahm einen sehr bewegten Verlauf. Die Anwesenden befanden sich in andauernder großer Erregung, die sich stellenweise bis zu Ausbrüchen der Leidenschaft steigerte. Mitten in der Debatte wurde von einem Teilnehmer der Antrag gestellt, daß alle Geschäftsleute, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte und der Leichenbestattungsunternehmungen, zum Schließen der Geschäftstür bis Montag den 27. d. ihre Läden geschlossen halten sollen. Alle Betriebe hätten zu ruhen und deren Inhaber sich um 10 Uhr vor dem Rathaus zu einem großen Demonstrationsszug zu vereinigen und ihre Wünsche im Staatsamt für Finanzen und in der Nationalversammlung mit allem Nachdruck vorzubringen. Dieser Antrag wurde unter stürmischem Beifall einstimmig zum Beschluß erhoben.

Schon um 1/4 Uhr war der große Saal überfüllt, man mußte den anstoßenden kleineren Saal öffnen, und trotzdem konnten die immer neu hinzukommenden Versammlungsteilnehmer kaum mehr Platz finden, im Mittelgang, an den Längswänden des Saales und im Vorraum standen die Leute dicht gedrängt, und da die Menge der Teilnehmer immer mehr wuchs, wurde unten am Stegenhaus ein Bemerkung angebracht: Saal überfüllt, nächste Steuerprotestversammlung Sonntag im Konzerthaus. Die Teilnehmer der Versammlung waren Industrielle, Gewerbetreibende, Geschäftsleute, Beamte und Vertreter der freien Berufe. Es waren große und kleine Kaufleute erschienen, viele aus den äußeren Bezirken. Alle Zweige von Handel, Industrie und Gewerbe waren vertreten, viele durch ihre Genossenschaftsvorsteher. Ebenso waren auch zahlreiche Frauen anwesend.

Als der Referent Staatsrat Mag. Friedmann in seinen Ausführungen den Namen des Staatssekretärs für Finanzen Dr. Steinwender erwähnte, brach der erste Sturm los und laute Rufe gegen Steinwender zwangen den Redner, in seinen Ausführungen einige Augenblicke inne zu halten. Ebenso machte sich die Empörung gegen das Gebaren des Fiskus in lärmenden Zwischenrufen und scharfen Ausdrücken geltend. Wiederholt konnten die einzelnen Redner sich im Stimmengewirr nicht Gehör verschaffen, und auch der Vorsitzende hatte Mühe, die Ruhe herzustellen. Das gegenwärtige System wurde als „Volkswirtschaft“ von oben bezeichnet und in vielen drastischen Fällen die Steuervorschriften illustriert, die Handel und Gewerbe der Vernichtung entgegenführe. Heftige Klagen wurden gegen die Art geführt, in welcher der Fiskus mit dem Publikum umgeht. In beweglicher Weise schilderte nach den Kaufleuten und Industriellen der akademische Maler Erwin Bendel die Drangsalierungen, denen er und seine Kollegen von freien Berufen ausgesetzt seien, und beklagte, daß den Steuerbeamten jegliches Verständnis für den Beruf des Künstlers und dessen Ausübung fehle.

Es wurde in der Versammlung auch von mehreren Seiten der Vorschlag gemacht, durch eine allgemeine Steuerverweigerung das gegenwärtige System zu Falle zu bringen. Hievon warnte Staatsrat Friedmann, der beantragte, es möge unter seiner Führung eine Deputation in den allernächsten Tagen beim Staatssekretär für Finanzen vortreten, mit allem Nachdruck die Forderungen der Steuerträger zur Kenntnis bringen und eine diesbezügliche Resolution unterbreiten, die auch zum Beschluß erhoben wurde. Staatsrat Friedmann empfahl dies als „vorletztes Mittel“.

Über die Versammlung liegt uns der folgende Bericht vor: Präzis 4 Uhr begann Staatsrat Friedmann mit seinem Referat, in dem er ausführte: Die Steuerprüfstelle hat es für ihre Pflicht gehalten, die heutige Versammlung einzuberufen, damit das schaffende und erwerbende Bürgertum

Wiens seine Stimme gegen die unerhörte Planlosigkeit und gegen den unerhörten Steuerdruck, wie er sich als Konsequenz der überhasteten Steuergesetzgebung darstellt, erhebe. In einer Zeit der schwersten Sorgen des Gewerbes und des gesamten Kaufmannstandes, in einer Zeit des furchtbarsten wirtschaftlichen Tiefstandes und der größten finanziellen Not, nicht nur des Staates, sondern auch einer großen Zahl mittelständischer Existenzen, in einer Zeit, in welcher diejenige Firma, welche während des Krieges die größten Aufträge gegeben hat, für welche fast ausschließlich gearbeitet wurde, das Kriegsministerium, uns unermessliche Schulden zurückgelassen hat und heute nicht mehr besteht, in einer Zeit, in welcher diejenigen, die dem Staate in seinen Kriegen beigetragen sind und Kriegsanleihe gezeichnet haben, in völliger Unwissenheit darüber sind, wie sie die Papiere zu bewerten haben, in einer Zeit, in welcher der Kohlen- und der Lichtmangel die Betriebe schreiend zu schließen zwingt, macht sich ein Steuerdruck geltend, der den Steuerträger zwingt, Summen flüssig zu machen, über die er eben nicht verfügt. Staatssekretär Dr. Steinwender (Wurufe) verlangt, daß man die Steuerrückstände, die sich durch Verschulden der Steuerbehörden durch vier Jahre angesammelt haben, auf einmal zahlt, zugleich auch die für das kommende Jahr. Er gibt den Steuerbehörden das Recht, ohne jedes Verfahren höhere Vorschriften hinauszugeben, aber umgekehrt dann Vorschriften zu unterlassen, wenn ein früherer Zahlungsauftrag auf höhere Beträge lautete, und nun nach diesem, gegen den womöglich noch eine Verurteilung seit drei Jahren unerledigt läuft, die weiteren Zahlungen für mehrere Jahre zu bewirken. Die Steuerbehörden treiben diese Härten einer unüberlegten Gesetzgebung ins Maßlose. Sie legen die Bekenntnisse ungesehen beiseite und nehmen willkürlich eine Einkommensziffer an, schreiben davon Steuern vor, und bewirken vielfach sofort die Exekution. Ein solches Verfahren ist geeignet, das Rechtsempfinden der ganzen Bevölkerung zu untergraben. In allen diesen Missetaten ist jedoch nur unsere überhastete Steuergesetzgebung schuld. Der Referent gibt ein anschauliches Bild, wie die letzten Steuergesetze in der Nationalversammlung zustande gekommen sind, und verweist darauf, daß diese Gesetze, ohne die daran interessierten Kreise der Bevölkerung zu befragen, geschaffen wurden. Bei einem Gesetze von so tief einschneidenden Folgen, wie es das Steuererziehungsgesetz ist, gab es neben dem Berichterstatter und dem Staatssekretär für Finanzen nur zwei Redner. Es hat sich in der Nationalversammlung sonst jeder geschaut, in dieser Zeit der Demagogie gegen übermäßige direkte Steuern zu sprechen, weil er fürchtete, es könnte nicht populär sein. (Entrüstungsrufe.) Es müssen zwar jetzt schnell Gesetze gemacht werden, aber zu der Flüchtigkeit, mit welcher dieses Gesetz gemacht wurde, liegt kein Grund vor. Ist es denn wirklich notwendig, daß erst Selbstmorde begangen werden müssen, bis man einsteht, welche einen Schaden dieses Gesetz angestiftet hat? (Zustimmung. — Rufe: Das hat der Steinwender auf dem Gewissen!)

Man hat jeden, der in diesem Krieg erzeugt hat und der noch Waren ablegen konnte, einen Kriegsgewinner, einen Lumpen, einen Preistreiber genannt, man hat ihn beschimpft, so zwar, daß die anständigen Elemente gesagt haben, wenn das so weiter geht, dann verzichte ich auf jede weitere Tätigkeit. Diese Demagogie hat dazu geführt, daß der Mittelstand vor jenem Forum, das berufen wäre, ihn zu schützen, nicht durchdringen konnte.

Der Referent appellierte schließlich an die Versammlung, eine Resolution anzunehmen und weiter zu beschließen, daß in dieser Angelegenheit sowohl beim Staatsamt für Finanzen, wie auch bei allen anderen kompetenten Stellen interveniert werde.

In der Versammlung entfiel großer Lärm. Es wurden Rufe laut: „Keine Resolution! Damit richten wir nichts aus! Man muß die Steuer verweigern!“ Ein Redner schreit in den Saal: „Allgemeine Steuerverweigerung! Das ist das einzige Mittel, um dieses unglückselige System zu Falle zu bringen!“

Staatsrat Friedmann (fortfahrend): Warten Sie doch erst den Schritt, den Ihnen die Resolution vorschlägt, ab. Sollte dieses „vorletzte“ Mittel nichts nützen, dann bin ich der erste, der sich an Ihre Spitze für die allgemeine Steuerverweigerung stellt. (Stürmischer Beifall und Rufe: „Machen wir es wie die Arbeiter, gehen wir auf die Straße, schließen wir die Geschäfte!“)

Hierauf wurde die Resolution zur Verlesung gebracht.

### Die Resolution.

Die am 22. Januar 1919 im Hause der Kaufmannschaft versammelten Steuerpflichtigen aller Zweige des Gewerbes, der Industrie, des Handels und der freien Berufe fordern, daß sie von den Steuerbehörden als Staatsbürger behandelt werden, nicht als Ausländer in einem vom Feind besetzten Gebiete; daß gegen sie weder Zahlungsaufforderungen, noch Verzugszinsforderungen, noch Exekutionen geführt werden über Beiträge, die nicht im ordentlichen Steuerverfahren vorgeschrieben werden; daß die Steuerbehörden über die unter schwerer Verantwortlichkeit abgegebenen Erklärungen über lügenhafte Ausreden von Beiträgern, sondern sie insoweit als Grundlage ihrer gesetzmäßigen Maßnahmen nehmen, als nicht die Notwendigkeit ihrer Abänderung einwandfrei festgestellt ist. Denn auch die steuerzahlenden Staatsbürger fühlen sich als vollwertige Bürger der Republik und lehnen es ab, sich als Menschen zweiten Grades behandeln zu lassen. Wir fordern weiter, daß die Steuerbehörden bei der Durchführung ihrer gesetzlichen Maßnahmen strenge Rücksicht nehmen auf die augenblicklich trostlose Wirtschaftslage, wir fordern, daß die Besteuerungen mit jener Sorgfalt erfolgen, welche die Höhe des Steuerdruckes bewahrt werden, als die augenblickliche Lage des einzelnen Steuerpflichtigen nötig erscheinen läßt, daß die Rechtsmittel nicht nach jahrelanger Frist, sondern umgehend erledigt werden. Endlich fordern wir, daß die Gesetzgebung einen Finanzplan durchführe, der die Notwendigkeiten des Staates nicht einem Teil der Bürger aufbürdet, sondern sie gleichmäßig verteilt!

### Die Debatte.

Maler Erwin Bendel erklärt, nicht nur die Angehörigen des Handels, der Industrie und des Gewerbestandes, sondern auch die der anderen erwerbenden Berufe, namentlich der freien Berufe, haben unter den Schikanen der Steuerbehörden sehr zu leiden. Er beantragt die Aufnahme eines diesbezüglichen Passus in die Resolution.

Herr Adolf Frost bemängelt, daß die Forderungen bis zum 31. Januar fertiggestellt sein müssen. Der Geschäftsmann weiß nicht, soll er bei der gegenwärtigen zeitlichen Sperre erst die Bücher fertigstellen oder Geschäfte machen, um Regien und Löhne zu zahlen. Ich habe, sagt Redner, unter Vorweisung aller Belege dem Referenten erklärt, daß ich gegen die auferlegte Steuererhöhung rekurrieren werde. Er hat mir darauf kalt erwidert: „Nützen wird Ihnen das nicht, denn der Rekurs geht doch wieder durch meine Hand.“ Redner schilderte in großer Aufregung die Art, wie die Patenten von manchen Beamten behandelt werden.

Zuweller Gruber verlangt die Abschaffung der zwölfpromzentigen Verzugszinsen. Das ist ein Wucher. Der Mittelstand und die Geschäftswelt wird von der Steuerbehörde im Gegensatz zum ordentlichen Rechtsverfahren in seiner Abwesenheit nicht nur überhaupt verdammt, sondern zum Tode verurteilt. (Rufe: Volkswirtschaft von oben!)

Herr Lewels: Das Steuerfluchtgesetz ist geeignet, den ganzen geschäftlichen Verkehr zu unterbinden. Es ist keine Kleinigkeit, der Willkür des Fiskus ausgesetzt zu sein, der erklärt: „Sie müssen 50.000 K. oder mehr deponieren, bevor Sie einen Paß nach Ungarn oder Czecho-Slowakien bekommen.“ Die Geschäftsleute sind aber auf den Verkehr mit den Nachbarstaaten angewiesen. Redner verlangt eine diesbezügliche Modifikation in der Resolution, die einstimmig angenommen wird.

Dr. Albert Kann schlägt die Errichtung eines Treuhand- und Preßbureaus vor, dem Treuhandbureau soll jeder seine Bücher vorlegen und das Preßbureau soll die Auswüchse der Steuerpolitik öffentlich brandmarken.

Herr Peter Heß, Sekretär des Zentralverbandes der österreichischen Detailliers der Juwelen-, Uhren-, Gold- und Silberwarenbranche, bringt einige drastische Fälle von Steuerverschreibungen zur Kenntnis. Ein Geschäftsmann hat für die Jahre 1916 bis 1918 70.000 K. einkommen. Er wurde mit 47.000 K. besteuert. Hierauf erlegte er unter gleichzeitiger Einbringung eines Rekurses ein Depot von 40.000 K. Trotzdem der Mann, nachdem der Rekurs abgewiesen worden war, den Restbetrag einbezahlt, wurde ihm sein Wertpapierdepot nicht zurückgegeben. Ein Kaufmann bekannte 125.000 K. für die Jahre 1916 und 1917 ein. Er wurde mit — 200.000 K. besteuert. Ein Angestellter, der mit einer Provisionsgarantie in einem Geschäft arbeitete, hatte in den Jahren 1917 und 1918 unter Zugrundelegung seiner Aufzeichnungen 77.000 K. Einkommen einkommen. Hierauf wurde ihm für die beiden Jahre eine Steuer